

Antrag Nr. 06-F-01-0008

SPD-Fraktion

Betreff:

Kindergarten zum Nulltarif
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 07.02.2006 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Abschaffung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten aus.
Gemeinsames Ziel ist es, allen Kindern den Besuch einer Kindertagesstätte zu ermöglichen, damit sie dort frühzeitig gefördert und eventuell vorhandene Defizite abgebaut werden können. Die Kosten für einen Kindergartenplatz stellen auf diesem Weg trotz der städtischen Zuschüsse für Eltern mit geringen Einkommen noch immer eine Hürde dar.
Im ersten Schritt sollen die Beiträge zum 01. September 2006 halbiert werden, die komplette Streichung ist für die Jahre 2008/09 vorzusehen. Die zur Umsetzungen erforderlichen Mittel sind in den Doppelhaushalt 2006/07 aufzunehmen.
Eine Streichung der Zuschüsse für Eltern ohne oder mit nur geringem Einkommen wird von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, da dies für die betroffenen Eltern eine unzumutbare Benachteiligung darstellt und im Gegensatz zu einer sozial verträglichen Kommunalpolitik steht.
2. Bessere Betreuungsangebote und eine Verstärkung der frühkindlichen Förderung sind nicht allein Aufgabe der Kommunen. Die Hessische Landesregierung wird deshalb aufgefordert, ihren finanziellen Beitrag zur Entlastung der Familien und zur Stärkung der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten zu leisten, indem sie die Zuschüsse für die Kindertagesstätten entsprechend ihrer gewachsenen gesellschaftlichen Bedeutung aufstockt.
3. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang es einen Bedarf für Betreuungszeiten gibt, die über die derzeitigen Öffnungszeiten der Kindertagesstätten hinausgehen. Auch wenn viele Einrichtungen schon heute gleitende Betreuungszeiten ermöglichen, sind hier zusätzliche Angebote ins Auge zu fassen.
Im ersten Schritt könnten dann ggf. über das Stadtgebiet verteilte Modellprojekte gestartet werden, die konkrete Rückschlüsse über den tatsächlichen Bedarf und den daraus resultierenden Mehraufwand ermöglichen. Das Konzept ist in Abstimmung mit den freien Trägern zu entwickeln und sofern es städtische Einrichtung betrifft mit der Personalvertretung abzustimmen.

Begründung:

Wiesbaden, 07.02.2006

Axel Imholz
Geschäftsführer